

Ausschuss für Inneres und Sport
(16. Sitzung am 24. Mai 2018)

Beratungsthemen:

Erster öffentlicher Sitzungsteil

1. **Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Vorgängen um den Angriff auf das Haus eines Polizisten im Landkreis Lüchow-Dannenberg**

Der Ausschuss entschied einstimmig, die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung in einer der nächsten Sitzungen zu bitten.

2. **Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung betreffend den Aufenthalt des ehemaligen Vorsitzenden der Justiz im Iran Ayatollah Shahrudi in Hannover (1. Tranche)**

Der Ausschuss beschloss gemäß § 95 a GO LT die Vertraulichkeit der mit Schreiben des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 18. Mai 2018 vorgelegten Unterlagen.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die Feiertage (NFeiertagsG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/39](#)

dazu: Eingabe 46/02/18

Der Ausschuss setze die Beratung fort. Er nahm in Aussicht, in seiner für den 5. Juni 2018 geplanten Sitzung abschließend über den Gesetzentwurf zu beraten.

4. a) **Entwurf eines Reformgesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/850](#)
- b) **Für ein Niedersächsisches Gefahrenabwehrgesetz ohne Symbolpolitik und Generalverdacht**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/828](#)

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen. Er beschloss, eine mehrtägige Anhörung durchzuführen. Als Termine nahm er den 9. und 10. sowie den 15. und 16. August 2018 in Aussicht.

5. **Zivilbevölkerung in Syrien schützen - niedersächsischer Verantwortung gerecht werden!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/830](#)

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen. Er beschloss einstimmig, die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zu bitten, und schlug vor, die Unterrichtungen zu diesem Punkt und zu Tagesordnungspunkt 6 zusammenzufassen.

6. **Familiennachzug dauerhaft aussetzen**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/843](#)

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen. Er beschloss einstimmig, die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zu bitten, und schlug vor, die Unterrichtungen zu diesem Punkt und zu Tagesordnungspunkt 5 zusammenzufassen.

7. **Die Landesregierung gefährdet den Datenschutz in Niedersachsen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/832](#)

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen. Er beschloss einstimmig, die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zu bitten.

Vertraulicher Sitzungsteil

8. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Sachstand der Verfahren gegen den ehemaligen Leiter der Polizeiinspektion Wolfsburg und den Polizeipräsidenten Braunschweig**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Zweiter öffentlicher Sitzungsteil

9. **Empfehlungen der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“ umsetzen**

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 18/354](#)

Der Ausschuss führte zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann
- Prof. Dr. Daniela Münkel (BStU)
- Dr. Elke Kimmel, Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam
- Jutta Rübke, Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der Schicksale im Zusammenhang mit dem sogenannten Radikalenerlass a. D.
- Birgit Neumann-Becker, Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
- Dr. Jens-Christian Wagner, Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten
- Mira Keune, Leiterin des Grenzlandmuseums Eichsfeld e. V., Teistungen
- Hartmut Büttner, Sprecher des Niedersächsischen Netzwerks der SED- und Stasiopfer, MdB a. D.
- Gernot Preuß, Rechtsanwalt
- Jürgen Ritthaler (VOS)
- Andreas Hartlep

Außerhalb der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Familienpflegezeit für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzesentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/149](#)

Der Ausschuss beschloss, die beiden Änderungsvorschläge der Fraktionen der SPD und der CDU (Vorlagen 1 und 2) in die für den 14. Juni 2018 geplante Anhörung einzubeziehen.

Terminangelegenheiten

Der Ausschuss nahm in Aussicht, die für den 5. Juni 2018 geplante Sitzung bereits um 9.30 Uhr beginnen zu lassen.